

Thomas R. Eißner

Selbst- und Fremdwahrnehmung deutscher Bundeswehrsoldaten durch Kampfeinsätze und nach Aussetzung der Wehrpflicht im Umbruch?

1. Hinführung

Spätestens seit der griechischen Antike und ihren pluriformen philosophischen Schulen, die bis heute noch prägend sind, reflektieren wir das Phänomen des Wandels. Heraklitische Sentenzen wie *παντα ρει* (alles fließt) oder *ποταμοῖσι τοῖσιν αὐτοῖσιν ἐμβαίνουσιν* (man kann nicht zweimal in denselben Fluss steigen) sind nahezu sprichwörtlich geworden. Dass solche Erkenntnisse mit ihren Konsequenzen nicht selbstverständlich sind, zeigt die jüngere Geschichte Europas. Mit dem Beginn des Kalten Krieges nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowie mit der Herausbildung zweier deutscher Staaten in der Mitte Europas und vor allem nach der Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 schienen Deutschland, Europa und die Welt in zwei Machtblöcke dauerhaft geteilt, aufgeteilt zu sein, und zwar „bis in alle Ewigkeit“. Die Probe kann man immer noch leicht aufs Exempel machen. Wenn man 1985 einer erwachsenen Person in Deutschland und Europa gesagt hätte, in fünf Jahren wird Deutschland wiedervereint sein, hätte jene dies schlicht für absolut undenkbar, wenn nicht gar für verrückt gehalten. Es gibt hier aber feine Unterschiede: Hätte dies eine Person in Koblenz oder Hamburg gesagt, so hätte man sie milde belächelt oder diese für voll des guten Rheinrieslings gehalten; in Erfurt oder Dresden hätte man diese Person bestenfalls in eine psychiatrische Klinik eingewiesen, schlimmstenfalls nach „Bautzen“ oder „Hohenschönhausen“ eingeliefert, das heißt in berüchtigte Gefängnisse der Staatssicherheit.

Ähnlich verhält es sich insofern in Bezug auf die Deutsche Bundeswehr, als bis 1989/1990 Einsätze wie die im Kosovo oder gar fünfzehn Jahre später in Afghanistan für Bundeswehrwehrsoldatinnen und Bundeswehrsoldaten völlig undenkbar waren. Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem der Sowjetunion schien der große Friede ausgebrochen zu sein, wo der Wolf beim Lamm, der Panther beim Böcklein liegt, und der Säugling vor dem Schlupfloch der Natter spielt (vgl. Jes 11,6.8). Politisch machte das Wort von der Friedensdividende die Runde, und im geschichtsphilosophischen Kontext sprach Francis Fukujama sogar vom „Ende der Geschichte“. Ebenso schien vor, aber auch nach 1989/1990 die Wehrpflicht ein fester Bestandteil des nunmehr gesamtdeutschen Staates zu sein, zumal Wehrpflichtige aus den nunmehr entstandenen sogenannten neuen Bundesländern nahezu wie selbstverständlich zur Bundeswehr gingen, auch aus Familien mit ehemals staatssozialistischem Hintergrund. Bundeswehrkommandeure beispielsweise fühlten sich als Soldaten in den neuen Bundesländern durchaus sehr wohl; es gab so gut wie keine Demonstrationen gegen die Bundeswehr; vor Ort war man ein sehr gern gesehener Gast bei Empfängen und anderen gesellschaftlichen Anlässen, und bei feierlichen Gelöbnissen reisten mitunter ganze Familien der Rekruten an, um am Gelöbnis auf dem Marktplatz oder nahe der Kaserne dabei zu sein. Und dann kam ein unmerklich merklicher Einschnitt: Die bewaffneten Auslandseinsätze der Bundeswehr.

2. Auslandseinsätze der Bundeswehr

2.1. Humanitäre Hilfseinsätze der Bundeswehr

Einsätze der Bundeswehr im Ausland waren zu diesem Zeitpunkt als solches nichts Neues. Nur fünf Jahre nach Aufstellung der Bundeswehr im Jahr 1955 erfolgte 1960 der erste Einsatz der Bundeswehr im Ausland, und zwar in Marokko, näherhin in Agadir. Dies ist insofern nicht ganz frei von einer Ironie der Geschichte, als ausgerechnet die Hafenstadt Agadir mit einer anderen deutschen militärischen Operation vom Sommer 1911 in Verbindung steht, die als „Panthersprung

nach Agadir“ in die Geschichtsbücher eingegangen ist.¹ Was ist aber 1960 in Marokko passiert? „In der Nacht vom 29. Februar auf den 1. März 1960 erschütterte ein gewaltiges Erdbeben die marokkanische Küstenstadt Agadir und machte große Teile dem Erdboden gleich. Zwischen 10 000 und 15 000 Menschen starben. Innerhalb kürzester Zeit lief eine europäische Hilfsaktion an. Die Bundeswehr entsandte eine Sanitätseinheit nach Marokko, die dort ein Feldlazarett betrieb.“² Dieser Einsatz wird nach deutschem und internationalem Verständnis als Humanitärer Hilfseinsatz definiert. Bis zum Jahr 2005 sollten dann noch sage und schreibe 146 solcher humanitärer Hilfseinsätze im Ausland erfolgen, darunter auch in Österreich 1998 bei einem Gruben- und 1999 bei einem Lawinenunglück. Trotz der allermeist dahinter stehenden Tragik verliefen diese Einsätze unspektakulär und haben kaum – mit Ausnahme der daran Beteiligten – eine Erinnerungspur in der Bundeswehr oder gar in der deutschen Gesellschaft hinterlassen.

2.2. Kampfeinsätze der Bundeswehr

Zwar hielten und halten die Humanitären Hilfseinsätze der Bundeswehr auch nach 1989/1990 an, aber durch den Fall der Berliner Mauer und den Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung und mit dem damit verbundenen Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa sah sich die Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig einem veränderten Verantwortungskontext ausgesetzt, für den es wie für so vieles in jenen Tagen keine Einübung, geschweige denn einen Masterplan gab. Dieser neue Verantwortungskontext wurde aber trotz der damals viel beschworenen Friedensdividende mit der Erwartung militärischen Engagements seitens der Bündnispartner in Bezug auf das „neue Deutschland“ verknüpft. Diese Erwartungshaltung an

¹ Mit dieser Aktion, die man heutigentags vielleicht als „show of force“ bezeichnen könnte, hatte Kaiser Wilhelm II. seinen imperialen Anspruch auf „einen Platz an der Sonne“ angezeigt.

² Bernhard Chiari, Agadir 1960: Der Erdbebeneinsatz in Marokko, in: Bernhard Chiari / Magnus Pohl (Hrsg.), Auslandseinsätze der Bundeswehr, Paderborn; München; Wien; Zürich 2010, 24.

Deutschland klopfte alsbald in Form des zweiten Golfkrieges an das sich noch dagegen sperrende deutsche Verantwortungsbewusstsein bezüglich einer militärischen Beteiligung unüberhörbar an. Deutschland hatte – um im Bilde zu bleiben – für seine Schwerhörigkeit Gründe. Denn vor dem Hintergrund des noch laufenden Vereinigungsprozesses in Deutschland sah man auf Seiten der NATO von der Forderung nach einem militärischen Beitrag Deutschlands vorerst noch einmal ab. Stattdessen beteiligte sich die damalige Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl finanziell, was damals als Scheckbuchdiplomatie bezeichnet worden ist.

Hinzu kam, dass nicht unmaßgebliche Teile vor allem der westdeutschen Gesellschaft immer noch durch die Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss der Jahre 1979/1983 geprägt waren sowie die Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit in Bezug auf den Nationalsozialismus und seine Verbrechen, näherhin hinsichtlich der Verbrechen der Wehrmacht, auch durch die Öffnung von bis dahin verschlossener Archive, einen neuen Schub erhalten hatte.

Wenngleich sich die Bundeswehr bereits seit der Wiedervereinigung an Einsätzen außerhalb Europas wie z.B. in Kambodscha 1991-1993 im Rahmen eines UN-Einsatzes mit 450 Sanitätssoldaten beteiligt hatte, so führte 1993 der Einsatz in Somalia, in den außer Sanitätssoldaten zum ersten Mal auch Heeressoldaten der Bundeswehr mit entsprechend leichter Bewaffnung entsandt worden waren, insofern zur Rechtssicherheit, als am 12. Juli 1994 das Bundesverfassungsgericht mit dem sogenannten „Out-of-area-Urteil“ rechtlich die Voraussetzung für eine Beteiligung der Bundeswehr an Kampf-Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes schuf wie z. B. im sogenannten Ex-Jugoslawien.³ Die Einsätze in Kambodscha und in Somalia waren noch Blauhelmeinsätze und keine Kampfeinsätze; sie haben ebenso hier weder in der Bundeswehr – wiederum Ausnahme der daran Beteiligten – noch in der deutschen Gesellschaft im Sinne eines sogenannten kollektiven Gedächtnisses tiefere Spuren hinterlassen. Dies

³ Agilof Keßelring, Bosnien-Herzegowina. Von UNPROFOR zu EUFOR Althena, in: Bernhard Chiari / Magnus Pohl (Hrsg.), Auslandseinsätze der Bundeswehr, Paderborn; München; Wien; Zürich 2010, 53f.

änderte sich grundlegend mit dem Kampfeinsatz der NATO gegen Ex-Jugoslawien in Verbindung mit dem Einsatz im Kosovo. Dieser startete ohne UN-Mandat am 24. März 1999 mit NATO-Luftangriffen unter dem Namen „Allied Force“. Und aufgrund der später nachgereichten UN-Sicherheitsrat-Resolution vom 10. Juni 1999 erfolgte der Einsatz von Bodentruppen der Bundeswehr im Rahmen der NATO-Friedenstruppe „Kosovo-Force“, kurz KFOR genannt.

Die Bundesrepublik Deutschland entsendete 6000 deutsche Soldaten im Rahmen von KFOR ins Kosovo; dabei übernahm die Bundeswehr als größtes Kontingent die Führung der Multinationalen Brigade Süd (MNB S) mit dem Hauptquartier in Prizren.⁴ Das heißt, seit dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschland Soldaten mit einer Stärke von einer größeren Brigade in einen militärischen Einsatz außerhalb der deutschen Staatsgrenzen geschickt, wenngleich eingebunden in ein UN-Mandat und zusammen mit NATO-Verbündeten. Als durchaus brisant wurde empfunden, dass auf dem ehemaligen Staatsgebiet von Ex-Jugoslawien deutsche Soldaten bereits während des Zweiten Weltkrieges operiert hatten, so dass dieser Einsatz nolens volens geschichtlich nicht ganz unvorbelastet war, obwohl es keine inhaltlichen Parallelen oder gar Übereinstimmungen zwischen dem Deutschen Reich von 1933 bis 1945 und der Bundesrepublik Deutschland sowie der Wehrmacht und der Bundeswehr gab und gibt. Zu notieren ist, dass dieser Einsatz noch andauert, wenngleich mit deutlich geringem Personaleinsatz, und als erfolgreich gilt.

Ein deutlich folgenschwerer Einsatz der Bundeswehr war und ist der im Jahr 2002 begonnene Afghanistan-Einsatz, kurz ISAF genannt, der zwar offiziell 2014 endete, aber faktisch für Bundeswehrsoldaten, wenngleich als Ausbildungsmission „Resolute Support“, ebenfalls bis heute andauert und mit Blick auf die aktuellen Ereignisse in Afghanistan de facto nicht so schnell als beendet bewertet werden kann. Man könnte also etwas überspitzt und somit provokant sagen: Der

⁴ Vgl. ders., Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien und der Einsatz im Kosovo 1998/99, in: Bernhard Chiari / Magnus Pohl (Hrsg.), Auslandseinsätze der Bundeswehr, Paderborn; München; Wien; Zürich 2010, 75.

Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr hat rein rechnerisch bereits länger als der erste und zweite Weltkrieg zusammen gedauert, was freilich für andere NATO-Partner ebenso gilt.

Dass solche Einsätze das Selbstbild und das Fremdbild von Bundeswehrsoldaten und Bundeswehrsoldatinnen ändern, kann niemanden überraschen.

3. Änderung des Selbstbildes von Bundeswehrsoldaten – ein Näherungsversuch

3.1. Gestorben, getötet, gefallen?

Die Selbstwahrnehmung von Bundeswehrsoldaten war streckenweise eine zweigeteilte, um nicht zu sagen, eine doppelschichtige. Die eine Wahrnehmung ist bzw. war die des Bundesverteidigungsministeriums, die interessanterweise mitunter mit Sichtweisen der Bevölkerung durchaus identisch war; die andere war und ist die von Soldatinnen und Soldaten, vor allem von denen, die an Kampfeinsätzen teilgenommen und Gefechtssituationen erlebt haben. Diese unterschiedliche Wahrnehmungsweise wurde vor allem im fortgesetzten Laufe des Afghanistan-Einsatzes offensichtlich. Während bis 2008 ministeriell-offiziell von Stabilisierungseinsätzen und dergleichen die Rede war, bezeichneten Soldaten und Soldatinnen ihre Einsätze schon längere Zeit als „Krieg“ bzw. als „kriegsähnliche Einsätze“. Diese Diastase machte sich bemerkenswerterweise plötzlich an dem alten soldatischen Ausdruck „gefallen“ bzw. „Gefallene“ fest. Nach offiziell-ministerieller Lesart starben Soldaten oder wurden im Einsatz getötet. Das „G-Wort“ durfte in der Bundeswehr nicht verwendet werden bzw. man tat alles, um es zu vermeiden. Dass mit dem Ausdruck „gefallen“ der Ausdruck „verwundet“, aber nicht „verletzt“ korrespondiert, interessierte dabei kaum jemanden, so dass man ministeriell diesem Aspekt gegenüber begrifflich gleichgültig blieb. Dass dies nicht vorschnell als eine Petitesse abgetan werden kann, zeigte sich alsbald, als aus dem soldatischen Kontext heraus der Wunsch nach einem „Verwundetenabzeichen“ entstand. Diese

Forderung ist aber seitens des Verteidigungsministeriums bis heute abgelehnt worden.

Die ministeriell vorgegebene Begriffsvermeidung änderte sich, als der damalige Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung während einer Trauerfeier am 24. Oktober 2008 in Zweibrücken den Ausdruck „gefallen“ plötzlich und unerwartet verwendete. Der entscheidende Satz lautete: „Ich verneige mich vor den Toten, die für unser Land im Einsatz für den Frieden gefallen sind.“⁵ War der interne Druck zu groß geworden? War die Gesellschaft bereit, jetzt zu akzeptieren, dass in ihrem Namen, „Im Namen des deutschen Volkes“ wieder deutsche Soldaten getötet werden, vulgo „fallen“? Die quasi pazifistische Formel „für den Frieden gefallen“ half anscheinend, die begrifflich-inhaltliche Hürde zu nehmen. Unabhängig davon oder auch aus Trotz und Gegenreaktion hatte sich in einigen Kasernen, aus denen Soldaten in den Afghanistan-Einsatz gingen und starben, eine eigenständige soldatische Trauer- und Gedenkkultur ihren Weg gebahnt, die bemerkenswerterweise stillschweigend geduldet worden ist. Nach der Bundestagswahl im Jahr 2009 wurde am 28.10.2009 Karl-Theodor zu Guttenberg Verteidigungsminister. Dieser sprach bezüglich der Situation in Afghanistan im März 2010 dann vorbehaltlos von „Krieg“ bzw. von „kriegsähnlichen Zuständen“.⁶ Dieses begriffliche Wendenmanöver trug unter anderem zu einer gewissen Popularität des jugendlich wirkenden Verteidigungsministers aus altem Adel bei.

3.2. Das Ehrenmal der Bundeswehr

Noch unter Guttenbergs Vorgänger, Franz Josef Jung, wurde auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums in Berlin ein Ehrenmal für die „Toten unserer Bundeswehr für Frieden, Recht und Freiheit“, so

⁵ Vgl. spiegel-online vom 24.10.2008, 13.02 Uhr.

⁶ Guttenberg: „Das war einer der Gründe, weshalb ich so viel Wert darauf gelegt habe, auch den Bezugspunkt hin zum Begriff Krieg zu finden, obwohl der völkerrechtlich natürlich nicht sauber ist. Deswegen musste ich mich des Begriffes kriegsähnlich zunächst einmal bedienen. Ich sage aber immer, ich habe jedes Verständnis, dass man umgangssprachlich auch von Krieg da unten spricht. Es war notwendig, mit einer klaren Sprache dafür zu sorgen, wie ordnen wir das völkerrechtlich ein?“, Interview im Deutschlandfunk, 14.03. 2010.

die Inschrift, von der Bundeswehr selbst errichtet. Zwar hatten zuvor und haben noch alle Teilstreitkräfte ihr eigenes Ehrenmal⁷, aber ein teilstreitkräfteübergreifendes und ausschließlich für alle Bundeswehrsoldatinnen und Bundeswehrsoldaten, die während ihrer Bundeswehrdienstzeit – aus welchen Gründen auch immer – gestorben sind, gemeinsames Ehrenmal gab es bis dato nicht. Eine nennenswerte und breite Diskussion über Standort, die Architektur und Ausgestaltung des Ehrenmals, die über die ohnehin berufsmäßig mit diesem Ehrenmal befassten Kreise hinausgegangen wäre, habe ich nicht wahrgenommen. Lautet doch ein alter Grundsatz: Quod omnes tangit, ab omnibus tractandum est.⁸ Zu deutsch: Was alle angeht, muss von allen verhandelt werden. Oder geht dieses Ehrenmal nicht alle an? Es muss ja in einer repräsentativen Demokratie nicht der leicht anderslautende Grundsatz Anwendung finden: Quod omnes tangit ab omnibus approbari debet⁹. Zu deutsch: Was alle angeht, muss von allen gebilligt / genehmigt werden; andere Berufsgruppen wie zum Beispiel die Bundespolizei oder die Berufsfeuerwehr haben auch kein überregionales Ehrenmal in Deutschland.

3.3. Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit (Tapferkeitsmedaille)

Seit Gründung der Bundeswehr im Jahr 1955 legt jeder Zeit- und Berufssoldat den Eid mit folgenden Wortlaut ab: „Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Dieser Eid kann auf freiwilliger Basis mit der religiösen Bekräftigungsformel „So wahr mir Gott helfe“ abschließend ergänzt werden. Mit diesem Eid verpflichtet sich also jeder Soldat ex officio tapfer zu sein, und zwar ausdrücklich im Hinblick auf „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes“. Nach dem 2012 verstorbenen Bundesverteidigungsminister Dr. Peter Struck wird zudem die Freiheit Deutschlands ebenso am Hindukusch verteidigt, was angesichts der Ursachen für

⁷ Für die Bundesmarine in Laboe, für die Luftwaffe in Fürstenfeldbruck und für das Heer in Koblenz.

⁸ Joannes Baptist Ladvocat, *Tractatus de Conciliis in genere*, Paris 1769, 117.

⁹ Geht auf Kaiser Justinian, 6. Jahrhundert zurück.

Flüchtlingsströme in Richtung Europa eine neue Wendung genommen hat. Wie dem auch sei, zumindest haben wir auch in diesem Diktum beide Komponenten zusammen: Tapfer und die Verteidigung Deutschlands. Aus diesem Kontext heraus ist eine weitere Neuerung entstanden. Ist von 1955 bis 2008 die Bundeswehr ohne eine ausdrücklich genannte Tapferkeitszeichnung für Soldaten und Soldatinnen ausgekommen, so kann seit dem 18. September 2008 das „Das Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit“, kurz Tapferkeitsmedaille genannt, verliehen werden.¹⁰ Diese Auszeichnung ist bisher sehr zurückhaltend verliehen worden.

Dem korrespondiert, dass seit dem 12. November 2010, dem Gründungsdatum der Bundeswehr, die „Einsatzmedaille Gefecht“, auch Gefechtsmedaille genannt, an Soldaten und Soldatinnen verliehen werden kann. Tapferkeits- und Gefechtsmedaille sind somit wieder an eine deutsche Uniform zurückgekehrt.

Besonders bemerkenswert war die erstmalige Verleihung der Gefechtsmedaille. Diese wurde posthum an den am 29. April 2009 in einem Feuergefecht in Afghanistan ums Leben gekommen Hauptgefreiten Sergej Motz verliehen. Die bittere Ironie dieser Ordensverleihung besteht darin, dass der Vater von Sergej Motz selbst als Sowjetsoldat in Afghanistan war und später mit seiner Familie nach Deutschland ausreiste – vermutlich auch eines sicheren Lebens wegen.

3.4. Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS)

Eine bis dato nicht nur für die Bundeswehr durchaus noch gewöhnungsbedürftige Situation ist, dass Soldatinnen und Soldaten aufgrund von Erlebnissen in Auslandseinsätzen, vor allem seit den Einsätzen in Ex-Jugoslawien und Afghanistan, an der Posttraumatischen Belastungsstörung, kurz PTBS genannt, erkrankt sind, erkranken und erkranken werden. Diese Krankheit ist insofern heimtückisch, als die seelische Verletzung für den Soldaten im Unterschied zu einer Schussverletzung unsichtbar geschieht und sich die Inkubationszeit

¹⁰ Die erste Verleihung dieses Ehrenkreuzes erfolgte am 6. Juli 2009, vgl. wikipedia s.v.

bis zum Ausbruch der Krankheit weder genau bestimmen noch vorhersagen lässt. Zudem vermag diese Krankheit, wenn nicht alsbald professionelle Hilfe beigezogen wird, die davon betroffene Person und ihr familiäres Umfeld zu zerstören. Dieses Krankheitsphänomen war für die Bundeswehr aus eigenem Erleben bis dahin unbekannt. Eine solche Erkrankung stellte durchaus eine Herausforderung für die Bundeswehrbürokratie dar, die wie alle Bürokratien schwerfällig ist. Dies bedeutete u.a. für die an PTBS erkrankten Soldatinnen und Soldaten – und zu einem nicht geringen Teil bis heute –, dass sich offizielle Stellen der Bundeswehr lange Zeit mit der Anerkennung dieser Krankheit schwer getan haben, wenn nicht sogar im Verweigerungsmodus blieben. Darüber hinaus mussten und müssen die Soldaten selbst noch den Nachweis dafür erbringen, dass sie ein sie schwer belastendes Erlebnis hatten.¹¹ Vor diesem Hintergrund darf ebenso nicht vergessen werden, dass sich nicht wenige Soldaten und Soldatinnen, besonders Männer, immer noch sehr schwer tun, sich einzugestehen, dass sie an einer seelischen Erkrankung leiden. Das Selbstbild des tapferen, alles bestehenden und überstehenden Soldaten kollidiert mit dem Eingeständnis, psychisch erkrankt zu sein. Auch dies wird nicht selten als eine Frage der Ehre empfunden.

Wenngleich sich in den letzten Jahren bezüglich der Anerkennung einer PTBS-Erkrankung von Soldatinnen und Soldaten spürbare Verbesserungen verzeichnen lassen – so gibt es beispielsweise seit Dezember 2010 eigens einen PTBS-Beauftragten der Bundeswehr im Range eines Brigadegenerals –, so ist dennoch zu konstatieren, dass die Anzahl der anerkannten PTBS-Erkrankungen eine Steigerungskurve erfahren hat. Waren es laut Statistik des Bundeswehrkrankenhauses Berlin 2010 insgesamt 1.097 Soldatinnen und Soldaten, so sind es 2011 insgesamt 1.226. Die mit Abstand meisten PTBS-Erkrankungen haben Soldatinnen und Soldaten, die im Afghanistan-Einsatz waren; die zweite, aber mit Abstand nächste Gruppe sind Soldaten und Soldatinnen, die im Kosovo bei KFOR stationiert waren.

¹¹ Vgl. Marco Seliger, „Ich kann nicht mehr“, in: loyal. Das Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 10 (2015), 8-17.

Schließlich darf ebenfalls nicht vergessen werden, dass ein Auslandseinsatz der Bundeswehr von der pluriformen deutschen Gesellschaft meist nicht oder nur recht einseitig und oberflächlich wahrgenommen wird und eine gesellschaftliche Anerkennung der Soldatinnen und Soldaten für ihren Dienst recht zurückhaltend geschieht, wenn nicht sogar ausbleibt. Nicht wenige Soldatinnen und Soldaten erfahren darüber hinaus sogar noch den Vorwurf, an einem unrechtmäßigen Einsatz / „Krieg“ beteiligt zu sein und / oder sogar der Kategorie Söldner / Mörder („Soldaten sind Mörder“) zugerechnet zu werden.

3.5. Veteranen

Mit Blick auf die Auslands- und Kampfeinsätze hat sich zum ersten Mal seit Bestehen der Bundeswehr der Typus des Veteranen herausgebildet. Dieser Typus ist nicht einheitlich und entgegen dem ersten Anschein nicht leicht zu bestimmen. Denn hierbei handelt es sich vorerst um keine offizielle, sondern um eine Selbstzuschreibung: „Ich bin ein Veteran“; „ich sehe mich / ich fühle mich als Veteran“. Angelehnt ist dieser Typus am US-amerikanischen bzw. angelsächsischen Vorbild. Ein solcher Soldat versteht sich vorzugsweise als einer, der im Kampfeinsatz war und darüber hinaus an Kampfhandlungen teilgenommen, vielleicht sogar eine körperliche und / oder seelische Verletzung davon getragen hat. Nicht selten kommt hinzu, dass ein Soldat, der sich *expressis verbis* als Veteran versteht, damit auf das seiner Meinung nach fehlende Verständnis und / oder auf die fehlende Anerkennung seines soldatischen Einsatzes für die Bundesrepublik Deutschland seitens seiner privaten und / oder gesellschaftlichen Umgebung reagiert. Vor diesem Hintergrund schließt er sich mit Kameraden, die Vergleichbares in Afghanistan oder im Kosovo erlebt haben, in Veteranenvereinen zusammen. Zu nennen sind beispielsweise die 2010 gegründeten Vereine „Bund Deutscher Veteranen“ sowie der „Deutsche Veteranenverband“, wobei letzterer sich im Dezember 2012 wieder aufgelöst hat. Freilich gibt es nach guter deutscher Tradition sogar so etwas wie eine Definition dafür, wer sich sozusagen nahezu amtlich als Veteran verstehen darf: „Wer ehrenhaft aus dem aktiven Dienst in der Bundeswehr ausgeschieden ist und als

Angehöriger der Bundeswehr im Ausland an mindestens einem Einsatz oder einer besonderen Verwendung im Rahmen von humanitären, friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Maßnahmen oder einer Ausbildungsmission der NATO oder der EU außerhalb des NATO-Bündnisgebietes teilgenommen hat, ist Veteran.“¹² Mit einem Wort, nahezu alle Bundeswehrsoldaten.

3.6. Aussetzung der Wehrpflicht

Eine weitere, tiefere Veränderung mit durchaus ebenso weitreichenden Folgen stellt die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 durch Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg dar. Diese Aussetzung, die landläufig nicht ganz unzutreffend als Abschaffung der Wehrpflicht bezeichnet wird, ist zudem vor dem Hintergrund der Verkleinerung der Bundeswehr und der damit einhergehenden Schließung von Standorten zu sehen. Auf diese Weise findet de facto eine schleichende Entflechtung von Gesellschaft und Bundeswehr statt. Denn immer weniger kommen familiär oder gesellschaftlich mit Bundeswehrsoldatinnen und Soldaten in Berührung. Außerdem wird die Bundeswehr zunehmend eine reine Berufsarmee. Dies hat Konsequenzen für die Gewinnung neuer Soldatinnen und Soldaten, zumal bereits seit längerer Zeit, wie es heißt, „ein Kampf um die intelligenten Köpfe“ auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland eingesetzt hat. Eine immer wieder geäußerte Befürchtung lässt sich aber bis jetzt noch nicht bestätigen, dass nunmehr vor allem Personen aus prekären Milieus zur Bundeswehr kommen, die zudem ethisch unsensibel, mehr noch, gar nicht bildungswillig und somit zum Typus des willigen, aber stumpfen Kämpfers zuzurechnen seien.

3.7. Einsatzliteratur und Spielfilme

Ein ebenso neues Phänomen sind Bücher von ehemaligen Bundeswehrsoldaten und Bundeswehrsoldatinnen über ihre eigenen Einsätze

¹² So der Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière am 17. Januar 2013 in Bad Reichenhall, s. Artikel „Veteran“, wikipedia, mit Link auf den Text des Verteidigungsministers (abgerufen am 09.10.2015, 19.30 Uhr).

sowie Spielfilme über Soldaten im Kontext von Auslandseinsätzen, vorzugsweise in Afghanistan. Die Anzahl der Spielfilme, die meist emotional sehr dicht besetzt, aber nicht rührselig und von Nicht-Soldaten gedreht worden sind, ist zwar noch überschaubar¹³, aber sie erreichen ein sehr breites Publikum und sind gleichsam ein Schlüssel- loch, durch welches die bundesdeutsche Gesellschaft Einblick in das vermeintliche Alltagsleben von Bundeswehrsoldaten im Einsatzgebiet erhält.

Die Literatur von ehemaligen Bundeswehrsoldatinnen und Soldaten, die ihren eigenen Auslandseinsatz thematisieren, ist in den letzten Jahren spürbar angewachsen.¹⁴ Diese Bücher verstehen sich nicht in erster und nicht zweiter Linie als eine Literatur, die vor den Maßstäben einer akademischen Literaturkritik bestehen will, sondern dieser Literatur brennt es gleichsam in der Feder, berichten zu wollen, wie der betreffende Autor / die betroffene Autorin seinen / ihren Auslandseinsatz erlebt und nicht selten durchlitten hat. Auch dies war für das Bundesverteidigungsministerium eine ganz neue Erfahrung.

Bei aller Kritik, die man im Einzelnen immer üben kann – gerade auch mit Blick auf die Spielfilme –, gewähren jene Bücher je für sich einen einigermaßen authentischen Einblick in die Erlebnis- und Gefühlswelt von Einsatzsoldatinnen und Einsatzsoldaten der Bundeswehr ohne Zensurvorbehalt. Auf diese Weise ist nebenbei in der bundesdeutschen Literatur ein neues Genre bzw. ein neues literarisches Genus

¹³ „Willkommen zu Hause“ (2008), „Auslandseinsatz“ (2012), „Eine mörderische Entscheidung“ (2013) und „Zwischen Welten“ (2014).

¹⁴ Aus der Fülle seien beispielsweise nach Erscheinungsjahr genannt: Uwe D., Randnotizen - Hundert Mann und ein Befehl. Als Berufssoldat in Afghanistan, als Mensch in der Heimat - ein Tagebuch zweier Welten, Isny im Allgäu 2008; Marc Lindemann, Unter Beschuss. Warum Deutschland in Afghanistan scheitert, Berlin 2010; Heike Groos, Ein schöner Tag zum Sterben, Frankfurt / Main 2009; Dies., Du musst die Menschen lieben. Als Ärztin im Rettungswagen, auf der Intensivstation und im Krieg, Frankfurt / Main 2011; Dies., "Das ist auch euer Krieg!". Deutsche Soldaten berichten von ihren Einsätzen, Frankfurt / Main 2011; Johannes Clair, Vier Tage im November, Berlin 2012; Robert Sedlatzek-Müller; Soldatenglück. Mein Überleben nach dem Überleben, Hamburg 2012; Marc Lindemann, Kann Töten erlaubt sein? Ein Soldat auf der Suche nach Antworten, Berlin 2013; Norbert Scheuer, Die Sprache der Vögel, München 2015; Rainer Buske, Kunduz. Ein Erlebnisbericht über den militärischen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Jahre 2008, Berlin 2015.

entstanden, und zwar das Genus „Einsatzberichts“, wie ich es vorläufig nennen würde.

4. Ein unvollständiges Fazit

Ja, die Auslands- und Kampfeinsätze der letzten zwanzig Jahre haben das Selbst- und Fremdbild der Bundeswehr verändert. Ohne wenn und aber. Folgende Aussagen lassen sich formulieren.

- Bundeswehrsoldaten lernen das Kämpfen, um das Kämpfen in konkreten Fällen auch tatsächlich anwenden zu müssen, aber nicht so abstrakt wie im Kalten Krieg, sondern ganz real in Duellsituationen.
- Bundeswehrsoldaten lernen, dass „Gut-Kämpfen-Können“ allein nicht ausreichend ist, sondern dass sie beispielsweise ebenso interkulturelle Kompetenzen zu erlernen haben.
- Bundeswehrsoldaten erfahren, dass „getötet werden“ und „selbst töten zu müssen“ keine abstrakten Größen mehr, sondern ständige Begleiter von Kampfeinsätzen sind.
- Bundeswehrsoldaten erkranken im Einsatz an Leib und Seele, und zwar nicht selten irreversibel.

Dennoch ist die Bundeswehr insofern keine andere Armee geworden, als sie dem Grundgesetz verpflichtet bleibt. Ebenso steht das Konzept der Inneren Führung, näherhin das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform, nicht infrage. Eher hat Innere Führung trotz gelegentlich anderslautender Meinungen vor dem Hintergrund der Auslandseinsätze an Bedeutung gewonnen. Das heißt freilich nicht, dass sich die oben genannten Veränderungen wie von selbst gestalten sowie ohne Risiken und Nebenwirkungen verlaufen. In den Streitkräften und in den Bundeswehrverwaltungen hat ein vielgestaltiger Lernprozess eingesetzt, der mitunter als mühsam empfunden worden ist.

Im Gegenzug dazu lernt und begreift die bundesdeutsche Gesellschaft, dass von ihr deutsche Soldatinnen und Soldaten über ein Parlamentsmandat in Auslandseinsätze geschickt werden und dabei zu Tode kommen oder mit irreversiblen Erkrankungen zurückkommen können. Das alles stellt freilich eine Zumutung dar, auf die eine allem

Militärischen gegenüber skeptische und postheroische Gesellschaft mit Ratlosigkeit sowie Verdrängung und nicht selten zudem mit Unverständnis und Zynismus reagiert.